

Aktuelles

300 neue Bodycams für Einsatzkräfte

DPoIG Berlin fordert stadtweite Verteilung und mehr Opferschutz durch Filmerlaubnis in Wohnungen

Die Berliner Polizei und die Berliner Feuerwehr sollen 300 Bodycams erhalten. „Wir fordern, die Kameras stadtweit zu verteilen. Sie müssen in den Abschnitten eingesetzt werden, die die meisten Funkwageneinsätze fahren“, sagt der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. Eine weitere DPoIG-Forderung lautet, die Bodycams bei Einsätzen in Wohnungen einsetzen zu dürfen:

1. Immer dann, wenn die Betroffenen selbst das wünschen.
2. Immer dann, wenn Polizeibeamtinnen und -beamte es für angemessen halten.
3. Ohne auf einen richterlichen Beschluss warten zu müssen.

Zum Hintergrund: Seit 2021 dürfen auf dem A 52 und bei der BPE Dir 5 insgesamt 20 Bodycams eingesetzt werden; zusätzlich hat die Berliner Feuerwehr zehn Bodycams zur Verfügung. Die Regierungskoalition will die Evaluation nun bis 2025, also um ein Jahr, verlängern. Die Verlängerung soll „unabhängigen wissenschaftlichen Sachverständigen“ (Zitat aus der Gesetzesvorlage) mehr Zeit geben, die Einsätze zu evaluieren. Dazu muss das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) geändert werden.

„Uns greift das noch zu kurz. Warum wird im ASOG keine weitere Verbesserung durchgesetzt?“, fragt DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf. „Immer noch fehlt eine solide Rechtsgrundlage, um den wichtigen Grundrechtseingriff des Filmens in Wohnungen zu ermöglichen.“

Rechts: Mit dem QR-Code kommst du auf unsere Homepage zum POLIZEISPIEGEL NOVEMBER 2022.



Ermittlungen gegen Polizeibeamte

DPoIG Berlin fordert fairen Umgang mit den Kollegen



Nach umstrittenem Einsatz in Berlin Anwälte von syrischer Familie fordern Suspendierung des Polizisten
Im September eskalierte ein Einsatz in der Wohnung einer syrischen Familie, ein Video zeigt daran. Nun wenden sich zwei Anwälte an Polizeipräsidentin Slowik.

Ausschnitt aus dem Tagesspiegel vom 4.10.2022

„Der Fall der syrischen Familie aus Lichtenberg zeigt erneut, wie wichtig Bodycams sind“, sagt der DPoIG-Landesvorsitzende (V) Boris Biedermann. Dafür müsse endlich eine solide Rechtsgrundlage geschaffen werden, die Aufnahmen stadtweit und auch in Wohnungen ermögliche.

Im aktuell von der Partei Die.Linke instrumentalisierten Einsatz liegen dem Rechtsanwalt der syrischen Familie Medienberichten zufolge rund 30 Minuten Videomaterial vor. „Doch warum wurden nur fünf Minuten veröffentlicht?“, fragt

Boris Biedermann. Die DPoIG Berlin fordert von den Anwälten der syrischen Familie, den Ermittlungsbehörden das 30-minütige Video des gesamten Einsatzgeschehens zu übergeben, „damit man sich einen wirklichen Überblick über die Einsatzlage verschaffen kann“, so Boris Biedermann.

Aktuelles

DPoIG Berlin – wenn Expertise siegt! Urintests weiter im Programm

Die Polizei Berlin wird künftig zu den höherpreisigen Speicheltests weiterhin auch die im Vergleich günstigeren Urintests anschaffen. Sie will also bei der Beschaffung der Testverfahren keinesfalls auf Urintests verzichten. Dazu hatten wir als DPoIG Berlin auch im Laufe dieses Jahres mehrfach geraten.

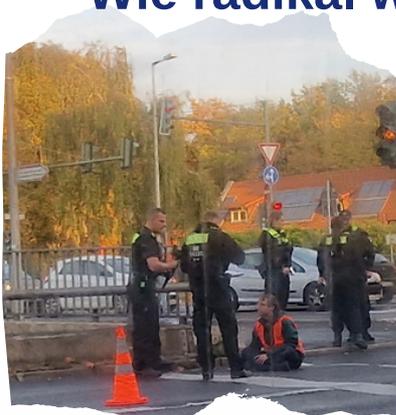
Ein Erfolg für unsere Beharrlichkeit!

Welches der beiden Testverfahren sie anwenden, sollen die in der Drogenerkennung ausgebildeten Dienstkräfte je nach Anlass und Situation selbst entscheiden. Urintests sind umständlicher, aber günstiger und eindeutiger in der Drogenerkennung als Speicheltests, die billiger und handlicher, aber eingeschränkter im Anzeigen von Drogenkonsum sind. „Unsere Experten fordern seit Langem, beide Tests anzuschaffen und nicht auf Urintests zu verzichten“, sagt dazu DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf. „Wir begrüßen, dass unserer Expertise gefolgt wird. Die Praxis wird zeigen, welches Einsatzmittel das bessere ist.“



Symbolfoto: Test auf der Motorhaube

Blockieren. Alarmieren. Beschädigen. Wie radikal werden die Klimarandalierer?



Klimarandalierer am Heckerdamm, Richtung Hamburg, Mitte Oktober. Da nur einer schnell genug mit seiner Hand am Bodenbelag klebte und seine Begleitenden am Straßenrand demonstrierten, blieb die Fahrbahn weitestgehend frei für den Verkehr.

Seit Ende September sind sie wieder aktiver: Klima-Extremisten haben erneut Autobahnzufahrten blockiert und Einsätze beziehungsweise Anfahrten von Rettungsfahrzeugen behindert und verzögert. Ihre Mitverantwortung am Tod einer Radfahrerin steht zur Debatte.

„Offenbar haben die bisherigen Gerichtsurteile ihre generalpräventive Wirkung verfehlt“, sagt DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf. „Die Polizei kann das Problem allein nicht lösen. Der Ball liegt eindeutig im Spielfeld der Justiz. Sie muss handeln!“

Die Mitglieder kleben sich inzwischen auch an Bilderrahmen fest. Anfang Oktober lösten sie zwei Mal Feueralarm in Gebäuden des Bundestags aus, unlängst auch bei der FDP. „Die Aktionen werden Stück um Stück heftiger“, kommentiert DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf, „das sieht nach Radikalisierung aus.“

Aktuelles

Freie Fahrt über die Landesgrenze

Tarifbeschäftigte des Landes Berlin stehen immer wieder vor der Aufgabe, über die Landesgrenze hinweg agieren zu müssen. Beispiele sind die Transportkommandos, der Begleitschutz, verkehrslenkende Maßnahmen und die Begleitung von Schwerlasttransporten.

„Es ist aus Sicht des Landes Berlin nicht eindeutig geklärt, ob wir das dürfen“, sagte dazu der 1.Stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Boris Biedermann. Denn was tarifbeschäftigte Polizeidienstkräfte in Berlin dürfen, dürfen in Brandenburg nur Polizeibeamte.

Brandenburg sieht keine Hinderungsgründe

Nun hat das Land Brandenburg seine Rechtsauffassung artikuliert. Demnach sieht das Innenministerium „unter Würdigung der Gesamtumstände keine Hinderungsgründe für den Einsatz von Tarifbeschäftigten der Polizei des Landes Berlin im Land Brandenburg“.

Entscheidend sei die Tätigkeit, nicht der Status.

Hier die Argumentation in Auszügen: „So wird im Ergebnis die ‚Berliner‘ Rechtsauffassung nicht geteilt. Vielmehr ist die Begriffskombination ‚Polizeivollzugsbeamter eines anderen Landes, im Brandenburgischen Polizeigesetz (BbgPoIG) im funktionalen/institutionellen und nicht statusrechtlichen Sinne auszulegen. Somit sind Polizeikräfte anderer Länder erfasst, soweit ihnen vollzugspolizeiliche Befugnisse und Aufgaben im ersuchten Land zugewiesen sind.“

#Polizeifamilie

Kreisvorstand Dir 5 auf den Abschnitten

Wir sind uns fürs Klinkenputzen nicht zu schade. Der Kreisvorstand Dir 5 war Mitte Oktober für euch unterwegs. Victoria-Marie Gordon (Stellvertreterin, außerdem Vizelandesvorsitzende DPoIG Berlin), Frank Neumann (KV-Vorsitzender) und Andreas Veith (KV-Vizevorsitzender) (Foto rechts von links) waren auf Durchreise in der Direktion 5 und haben alle Abschnitte mit Süßigkeiten und DPoIG-Schlüsselanhängern und mehr versorgt. KV-Chef Frank Neumann: „Wir haben auch Kalender für 2023 verteilt. Denn die Zeit bleibt nicht stehen. Außer im Sanierungsstau.“



Termine

Großes Adventskonzert

Jetzt schon reservieren! Der Polizeichor Berlin e. V. führt sein großes Adventskonzert am Samstag, 17. Dezember 2022 ab 16 Uhr im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt auf.

Eintrittskarten kannst du ab sofort zum Preis von 10 Euro reservieren. Schreibe an die E-Mail-Adresse: info@polizeichor-berlin.de

Mehr Informationen findest du auf der Homepage des Vereins: www.polizeichor-berlin.de.



Foto: Matthias Kaika, Herbstkonzert am 24. September 2022

Wahlen zum neuen Vorstand KV Dir 4 Süd (22.11.2022)

Der KV Dir 4 Süd lädt herzlich zur Jahreshauptversammlung 2022 ein. Sie findet am 22.11.2022 um 18:00 Uhr statt. Tagungsort: Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin. TOP 3 sind die Wahlen zum neuen Vorstand unseres Kreisverbands. Für die Teilnahme benötigen wir eine vorherige Anmeldung per E-Mail unter: Torsten.Riekoetter@dpolg-berlin.de

Leistungen

- **Rechtsschutzberatung und Gewährung von Rechtsschutz**
- Diensthaftpflichtversicherung und Regresshaftpflicht
- Freizeit-Unfallversicherung weltweit
- 2 500,- Euro Kurbehilfe im Versicherungsfall
- Geburtenbeihilfe in Höhe von 150,- Euro je Kind (Antragstellung bis 12 Monate ab Geburt des Kindes möglich)
- Bestattungsbeihilfe in Höhe von 150,- Euro
- Freie Anwartschaftsversicherung für Auszubildende über unsere Kooperationspartner
- **Streikgeld für die in der DPoIG organisierten Tarifbeschäftigten, wenn durch die DBB-Tarifunion zu dieser Maßnahme aufgerufen wurde**
- Ständige Erreichbarkeit der DPoIG über unsere Notfall-Hotline 0177-3008710
- Kostenlose Lieferung der Fachzeitschrift „POLIZEISPIEGEL“
- **Kräftige Rabatte bei unseren Kooperationspartnern**

